

nachrichten

Weniger Arbeitslose

Nach den Zahlen der Nationalen Statistikbehörde lag die Arbeitslosenrate im Februar bei 4,7 Prozent. Im gleichen Monat des Vorjahres hatte die Rate bei 5,2 Prozent gelegen. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 17,47 Millionen im Februar 1999 auf 18,52 Millionen im Februar 2000. Vize-Arbeitsminister Prayuth Siripanich nannte die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und den Einfluss der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Rahmen des Miyazawa-Programms zur Krisenbekämpfung als Gründe für die leichte Erholung des Arbeitsmarktes.

vgl. BP Online 2.5.2000

Engere Zusammenarbeit mit OSZE

Die thailändische Regierung hat als momentaner ASEAN-Koordinator das Interesse geäußert, die Verbindung mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu verstärken, so der Sprecher des Außenministeriums Don Pramudwinai. Die Nachricht wurde von Außenminister Surin Pitsuwan an die momentane OSZE-Vorsitzende Benita Ferrero-Waldner während eines Treffens in der Schweiz überreicht. Ferrero-Waldner nannte die Nachricht eine positive Entwicklung, besonders da ASEAN die Zusammenarbeit in Sachen Menschenrechte voranbringen möchte. Die Beziehungen zwischen ASEAN und der OSZE würden die ersten dieser Art zwischen Sicherheitsforen beider Regionen sein.

vgl. The Nation 17.5.2000

Am 4. März fand der erste Gang der Senatswahlen statt, mit denen die Senatoren demokratisch bestimmt (anstatt wie bisher ernannt) werden sollen. In der Vorbereitungsphase hatte es einige Schwierigkeiten sowie Hinweise auf zahlreiche Verstöße gegen die strenge Wahlgesetzgebung gegeben (siehe **südostasien** 1/2000). Die Bilanz dieses ersten Wahlgangs war zwiespältig. Auf der einen Seite wurden zahlreiche Kandidaten gewählt, die von Beobachtern als kompetent und ehrlich eingestuft werden. Auch Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen, die bisher kaum eine Chance hatten, werden im neuen Senat zahlreicher vertreten sein. Die häufig vor thailändischen Wahlen zu beobachtende Gewaltwelle blieb aus. Auf der anderen Seite gab es zahlreiche Beschwerden über Stimmenkauf und andere Verstöße gegen das Wahlgesetz.

Im Gegensatz zu vergangenen Parlamentswahlen, bei denen Wahlbetrug in den meisten Fällen folgenlos blieb, wurde der Sieg von 78 Kandidaten in

Als eine der Hauptherausforderungen für Thailands Informationstechnologie (IT) auf dem Weg, ein ernsthafter Konkurrent auf dem globalen IT-Markt zu werden, ist der Bangkok Post zufolge der Bereich Telekommunikation- und Internetanschluss anzusehen. Außerhalb der Provinzzentren gäbe es kaum Telefonleitungen, die für Internetanschlüsse genutzt werden könnten, was eine Nutzung des Datennetzwerks für die breite Bevölkerung unmöglich mache. Andere maßgebliche Hemmfaktoren bilden die Mängel im thailändischen Ausbildungssystem, das Versäumnis der Regierung, den Nutzen von IT anzuerkennen und die gesetzlichen Probleme hinsichtlich des Internets, nämlich veraltete Regelungen und der Mangel an Gesetzen im Bereich E-Commerce.

Führende Geschäftsleute in Thailands IT-Sektor, so Tony Waltham in der Bangkok Post,

Senatswahlen

35 Provinzen nach Prüfung der Vorwürfe annulliert, während 122 gewählte Kandidaten als Senatoren bestätigt wurden. In einem zweiten Wahlgang in den betroffenen Provinzen am 29. April konnten diese Kandidaten (mit Ausnahme von drei endgültig disqualifizierten Kandidaten) gegen die unterlegenen Kandidaten erneut antreten. 46 der nach dem ersten Wahlgang suspendierten Sieger waren wieder erfolgreich. Allerdings ging es auch in diesem zweiten Gang offenbar nicht immer mit rechten Dingen zu. Hinweise auf Gesetzesverstöße wurden in 34 der 35 am zweiten Wahlgang beteiligten Provinzen gefunden. Diese Hinweise müssen nun geprüft werden. Das Problem ist, dass ein dritter Wahlgang der Wahlbevölkerung nur schwer zu vermitteln ist. Schon im zweiten Wahlgang lag die Wahlbeteiligung mit 53 Prozent wesentlich niedriger als im ersten Wahlgang (72 Prozent).

Der zuständige Wahlschuss hat nun zum dritten Mal beim Kabinett einen finanziellen Zuschuss zur Durchführung der dritten Runde der Senats-

wahlen beantragt, diesmal 120 Millionen Baht. Diese soll am 4. Juni stattfinden, um die zwölf noch zu vergebenden Sitze zu verteilen.

Die Wahlkommission erwägt, für zukünftige Senatswahlen mehrere Gesetzesänderungen vorzuschlagen. So sollte das Verbot von Wahlkampfveranstaltungen aufgehoben werden, da unbekannte Kandidaten sonst kaum legale Möglichkeiten haben, ihre politische Position bekannt zu machen. Das Ziel der Bestimmung, auch finanzschwachen Kandidaten eine faire Chance zu geben, ist damit verfehlt. Zudem solle der Senat auch dann sitzungsberechtigt sein, wenn er – wie dies gegenwärtig der Fall ist – noch nicht alle 200 Senatoren hat. Nach einem Urteil des Verfassungsgerichts besteht das Parlament zur Zeit nur noch aus einer Kammer, da der letzte Senat nicht mehr im Amt sei, der neue jedoch nicht tagungsfähig.

vgl. BP Online 21.3.2000, 23.3.2000, 2.5.2000, 3.5.2000, 4.5.2000, 5.5.2000; BP Online Senate Special website

IT-Herausforderung

kritisierten die Regierung wegen des Mangels an Führung und Unterstützung der Informationstechnik und monierten, dass die Regierung selbst zu wenig Gebrauch von Informationstechnik mache.

Um IT besser zu fördern, müsste dem Englisch- und Informatikunterricht in den Schulen weit mehr Raum gewidmet werden. Außerdem herrsche Mangel an Graduierten mit IT-Kenntnissen in Thailand. Die relativ hohen Kosten für einen Internetzugang und der laxer Umgang mit Copyright-Gesetzen verhindere ebenfalls, dass Thailand sein volles IT-Potential ausschöpfen könne.

Ohne nationales Konzept, welches den hohen Stellenwert von IT für die nationale Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit anerkennt, wird Thailand die Faktoren, die seinen technischen Anschluss verlangsamten, nicht beseitigen können,

so die Einschätzung der Unternehmer. Außerdem hätte die Wirtschaftskrise, die der Währungs- und Wirtschaftskrise 1998 folgte, kaum zu einem ungünstigeren Zeitpunkt kommen können. Kürzungen bei Regierungssubventionen und der Abbruch von wichtigen IT-Projekten seien die Folge gewesen.

Andere Geschäftsleute halten es für hoffnungslos, auf die Initiative der Regierung zu warten. Sie plädieren für die bestmögliche Nutzung der Privatwirtschaft.

Ein anderer Aspekt, so Tony Waltham, ist, dass im Angesicht von Wahlen die Schaffung von asphaltierten Autobahnen populärer ist als die Verlegung unterirdischer Leitungen zur Nutzung der Datenautobahnen. Dies könnte eine weitere Herausforderung für Thailand darstellen.

vgl. Sonderausgabe der BP — 10 years database — 1999, <http://www.bangkokpost.net/data10>

Kleine Kabinetts- Umbildung

Sanan Kachornprasert musste als Innenminister und Vize-Premierminister zurücktreten, da er unwahre Angaben über sein persönliches Vermögen gemacht hatte. Sanan wurde im April in beiden Positionen durch Banyat Bantadtan ersetzt, der wie Sanan ein enger politischer Vertrauter von Premierminister Chuan ist. Auch bei fünf weiteren Kabinettsposten gab es Veränderungen.

vgl. *BP Week in Review* 2.-8.4.2000, 9.-15.4.2000

Gewerkschaft gesteht innere Zerrissenheit ein

Anlässlich des Tags der Arbeit am 1. Mai haben mehrere Gewerkschaftsorganisationen öffentlich die Uneinigkeit der thailändischen Gewerkschaftsbewegung eingestanden. Gründe seien das Fehlen von starken, charismatischen Führern, die Strategien der Regierung sowie die Arbeitsgesetzgebung, die die Zersplitterung in kleine Gruppen unterstütze. Zu den Mai-Demonstrationen rief der Labour Congress of Thailand zum Sanam Luang,

während das Workers Coordination Centre zu einer separaten Veranstaltung zum Regierungsgebäude rief. Eine der Hauptforderungen der Demonstranten war die Erhöhung des Mindestlohns von 162 auf 180 Baht pro Tag (siehe »Umstrittener Mindestlohn«). Premierminister Chuan lehnt eine solche Erhöhung ab, da er negative Auswirkungen auf die Arbeitslosenrate befürchtet.

vgl. *BP Online* 1.5.2000, 2.5.2000

Unspektakuläres Jubiläum

Seit sechs Jahren gibt es in Thailand ein Arbeitsministerium (zuvor wurden Arbeitsthemen von einer Abteilung des Innenministeriums abgedeckt). Das Beraterkomitee des Ministeriums, in dem Regierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten sind, beurteilte die Leistung des Ministeriums eher skeptisch. Vor allem wurde kritisiert, dass Politiker einen zu starken Einfluss auf die technische Arbeit haben. Außerdem sei der Arbeitsminister bei jeder Kabinettsumbildung ausgewechselt worden, sodass während der sechs Jahre zehn verschiedene Minister zum Einsatz kamen.

vgl. *BP Online* 5.3.2000

Montri zur Democrat Party

Der ehemalige Vorsitzende der Social Action Party (SAP), Montri Pongpanich, wird zusammen mit sieben Parlamentsabgeordneten dieser Partei zur Democrat Party wechseln. Dieser Wechsel wurde im März nach einem Treffen der SAP-Politiker mit dem Generalsekretär der Democrat Party verkündet. Montri wird einen Posten als Berater der Partei erhalten.

vgl. *BP Online* 23.3.2000

Umstrittener Mindestlohn

Das Central Wage Committee empfahl am 20. April mit 10 gegen 7 Stimmen, dass der Mindestlohn dieses Jahr zum dritten Mal in Folge nicht erhöht werden sollte. Das Einfrieren des Mindestlohns trotz gestiegener Lebenshaltungskosten war eine Reaktion auf die 1997 ausgebrochene Wirtschaftskrise. Der Arbeitsrechtsexperte Nikhom Chandravithun wies darauf hin, dass

die Regierung trotz der Empfehlung des Komitees eine Mindestlohnerhöhung durchsetzen könne; allerdings sei die Gewerkschaftsforderung der Erhöhung von 162 Baht auf 180 Baht pro Tag (in Bangkok und einigen Provinzen, in anderen Regionen gilt ein niedrigerer Satz) z.Z. nicht realistisch (siehe auch »Gewerkschaft gesteht innere Zerrissenheit ein«).

vgl. *BP Online* 30.5.2000

Bauern stimmen Heimkehr zu

Die in Bangkok seit drei Tagen demonstrierenden Bauern aus dem Nordosten des Landes lösten ihren Protest auf, nachdem die Regierung positiv auf ihre Forderungen reagierte. Mehr als 10.000 Bauern hatten sich am Royal Plaza versammelt und die Einrichtung eines Provinzausschusses gefordert, der sich mit den Belangen der Landwirtschaftsreform be-

schäftigt. Eine zweite Gesprächsrunde war erfolgreich, als eine Liste mit acht Personen beiderseits anerkannt wurde, um die zwölf Sitze dieses Ausschusses zu verteilen. Der Ausschuss soll hauptsächlich für die Durchführung der Landwirtschaftsreform und die Verminderung der Schulden der Bauern verantwortlich sein.

vgl. *BP* 11.5.2000

Gründer der Bangkok Post verstorben

Alexander MacDonald, der Mann, der die Bangkok Post gründete und großen Anteil daran hatte, was die Bangkok Post heute darstellt, verstarb am 14. Mai 2000 in Marblehead, Massachusetts. Er wurde 92 Jahre alt. Alexander MacDonald war die ersten acht Jahre nach der Gründung Her-

ausgeber der Bangkok Post. Während dieser Zeit bekämpfte er die Zensur in Thailand und führte die Zeitung durch verschiedene Putsch, Mordanschläge und Gefängnisstrafen. Er war ein unermüdlicher Arbeiter und Kämpfer für die Pressefreiheit in Thailand.

vgl. *BP* 16.5.2000

nachrichten

Grenzdistrikte in Alarmbereitschaft

Der Gouverneur der Provinz Mae Hong Son versetzte sieben Distrikte in Alarmbereitschaft: Grund war die wachsende Gefahr, burmesische Truppen könnten Angriffe auf in Thailand lebende Flüchtlinge verüben. Alle in Alarmbereitschaft befindlichen Distrikte liegen entlang der thailändisch-burmesischen Grenze. Die für einen möglichen Angriff in Frage kommenden Gebiete sind drei Flüchtlingslager in der Provinz Nam Peangdin, ein Dorf der Langhals-Karen, auch Padung genannt, und eine Polizeistation im gleichen Distrikt.

vgl. *The Nation* 17.5.2000

Persönliche Bereicherung

Bei einer Anhörung vor dem thailändischen Verfassungsgericht musste sich am 18.05.2000 der ehemalige Innenminister Sanan Kachornprasert zu der Anschuldigung äußern, falsche Angaben über sein Vermögen gemacht zu haben, um sich mit einer Summe von 37 Mio. Baht persönlich zu bereichern. Er ist der erste hochrangige Politiker, der sich unter dem neuen politischen System vor dem Anti-Korruptions-Gericht zu verantworten hat. Sanan und weitere ihm nahe stehende Personen werden beschuldigt, insgesamt 45 Mio. Baht veruntreut zu haben, in dem sie 1997 gefälschte Unterlagen bezüglich Sanans Vermögen einreichten. Der Untersuchungsausschuss ist nun dabei, die vorliegenden Unterlagen auf ihre Echtheit und Richtigkeit zu prüfen.

vgl. *The Nation* 19.5.2000